



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2014/2017
18. Sitzung	Donnerstag, 8. Dezember 2016 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Ursula Haag, Präsidentin
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmzähler	Ursula Spinnler
Anwesend	34 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Anton Meier
Entschuldigt	Daniel Jenni Christoph Villiger Petra Rutschmann Christian Bossard Marco Küng Mimoza Sejdini Linus Egger erscheint später (Sitzung mit Regierungsrat)
Ende der Sitzung	20.45 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2016/34	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokolle	480
2	2016/35	Grundwasserpumpwerk Aesch, Kirchdorf; Verpflichtungskredit von CHF 172'800 für Pumpenrevision und Ersatz Verbindungsleitungen	481
3	2016/36	Feuerwehrwesen Einsatzkostentarif Feuerwehr Obersiggenthal / Anpassung	482
4		Kreditabrechnungen	484
	2013/35	a) Sanierung Blumenstrasse, Strassenbau	

		b) Sanierung Blumenstrasse, Wasserversorgung	
		c) Sanierung Blumenstrasse, Kanalisation	
2012/11		d) Sanierung Flühstrasse, Strassenbau	
		e) Sanierung Flühstrasse, Wasserversorgung	
		f) Sanierung Flühstrasse, Kanalisation	
2012/04		g) Sanierung Kirchweg Ost, Strassenbau	
		h) Sanierung Kirchweg Ost, Wasserversorgung	
		i) Sanierung Kirchweg Ost, Kanalisation	
2011/41		j) Sanierung Mehrhaldenstrasse-Ost, Strassenbau	
		k) Sanierung Mehrhaldenstrasse-Ost, Wasserversorgung	
		l) Sanierung Mehrhaldenstrasse-Ost, Kanalisation	
5	2016/25	Postulat SP/Grüne betreffend Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden und Dritten / Beantwortung	486
6	2016/37	Anfrage Silvia Dingwall / Protokollierung im Einwohnerrat	488
7	2016/38	Postulat Peter Marten / Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal, mögliche Reduktionen beim Aufwand / Erheblicherklärung	488
8	2016/39	Motion Urs Müller, Theo Flückiger, Volkmar Hau Eisen, betreffend Mätelsteg / Erheblicherklärung	489
9	2016/40	Sitzungstermine Einwohnerrat 2017 / Genehmigung	493
10	2016/41	Umfrage	493

Ursula Haag, Präsidentin: Ich begrüsse zur heutigen 18. Einwohnerratssitzung. Das Ratsbüro bitet Euch, Postulate, Motionen und Anfragen rechtzeitig einzureichen, damit das Ratsbüro genügend Zeit hat, um die entsprechenden Unterlagen für die Einwohnerratssitzung vorbereiten zu können. Es ist wichtig, dass die Eingabe unterzeichnet ist.

Es haben sich folgende Ratsmitglieder für die heutige Einwohnerratssitzung entschuldigt: Daniel Jenni, Christoph Villiger, Petra Rutschmann, Christian Bossard, Marco Küng, Mimoza Sejdi. Es sind somit 34 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 18.

Gemeinderat Linus Egger wird später zur Einwohnerratssitzung dazu stossen. Er nimmt an einer Orientierung zur Unternehmenssteuerreform III in Aarau teil. Vielleicht kann er später darüber orientieren und etwas über die Abstimmung im Februar 2017 betreffend Finanzausgleich sagen.

Wir werden heute keine Pause einlegen, weil es die letzte Sitzung im Jahr ist. Ich hoffe, dass wir dann alle anschliessend noch Zeit finden, im Restaurant Hirschen auf das alte Jahr anzustossen.

1 2016.34 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokolle

Ursula Haag: Zum **Formellen:** Sie haben die Traktandenliste zusammen mit den Unterlagen rechtzeitig erhalten. Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 24. Oktober 2016 folgende dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 15. September 2016 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung Vertrag Wärmelieferung Wärmeverbund Obersiggenthal mit Ortsbürgergemeinden Unter- und Obersiggenthal; Genehmigung Verpflichtungskredit von CHF 780'000 für die Erstellung eines Kindergartenprovisoriums auf dem Gelände des Oberstufenzentrums (OSOS); Genehmigung von Kreditabrechnungen Feuerwehr, Ersatzbeschaffung Schlauchverleger und Verkehrsfahrzeug; Hallen- und Gartenbad, Sanierung 4. Etappe, Haustechnik und Badewasseraufbereitung; Wintersauna und Sauna Neugestaltung (nicht ausgeführt). Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist ist am 7. November 2016 folgender dem fakultativen Referendum unterstellten Beschluss des Einwohnerrates vom 29. September 2016 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung Budget 2017 mit einem Gemeindesteuerfuss von 103 %.

Nun zu den **Mitteilungen: Dieter Martin, Gemeindeammann:** Wie Sie wissen, hat der Gemeinderat aus Spargründen beschlossen, auf den Weihnachtsschmuck zu verzichten. Der Forstbetrieb Siggenberg wurde entsprechend informiert. Diese Information gelangte zur Ortsbürgerkommission. Daraufhin wurde seitens der Ortsbürgerkommission beschlossen, ab diesem Jahr die beiden Weihnachtsbäume der Einwohnergemeinde zu spenden inkl. Lieferung und Mithilfe beim Aufbau des grossen Weihnachtsbaumes im Kreisel. Die einzige Auflage an den Forstbetrieb Siggenberg lautet: die Bäume müssen aus dem eigenen Forstbestand geliefert werden. Wir freuen uns sehr über dieses Sponsoring und bedanken uns. Ich möchte noch etwas zum Informationsanlass Schulraumplanung vom 4. Juni 2016 sagen. Ich habe mich damals zu einer Aussage hinreissen lassen, dass für jene Sitzung ein Sitzungsgeld ausgerichtet wird. In der Zwischenzeit hat der Gemeinderat beschlossen, als zusätzliche Sparmassnahme auf das Sitzungsgeld zu verzichten, da es sich damals nicht um eine offizielle Einwohnerratssitzung, sondern um eine reine Informationssitzung handelte.

Franziska Grab, Vizeammann: Ich möchte kurz über den Rohrleitungsbruch in der Widackerstrasse informieren. Ich informierte einmal darüber, dass es sich um CHF 200'000 handelt, doch zwischenzeitlich stehen wir bereits bei CHF 300'000. Dies aus folgenden Gründen: Auf einer Länge von knapp 50 m bestand auf ca. 420 m² eine vollständig unterspülte Strasse mit einem zerstörten Belag und einer kaputten Fundationsschicht. Auch die Randabschlüsse

mussten ersetzt werden. Die Querung der Kantonsstrasse war sehr aufwändig, denn die Kantonsstrasse weist im Gegensatz zu einer Quartierstrasse eine doppelte Belagsstärke auf. Dies erforderte eine doppelt so lange Arbeitszeit und benötigte zusätzlich eine manuell bediente Lichtsignalanlage. Aufgrund der knappen Platzverhältnisse und den zahlreichen Leitungsquerungen musste die Wasserleitung tiefer verlegt werden. Es stellte sich heraus, dass die meisten Formstücke in der Strasse einbetoniert wurden. Aus diesem Grund musste alles herausgespitzt werden. Zusätzlich musste die bestehende Kanalisation verlegt werden. Es dauerte etwas länger, weil die Anstösser ihre Anschlüsse im Zuge dieser Arbeiten erstellen lassen konnten. Dies ging natürlich nicht auf unsere Kosten und hat nichts mit dem Betrag von CHF 300'000 zu tun. Doch das war unter anderem auch ein Grund, warum sich die Sanierung dieser Strasse so verzögerte. Zusätzlich führte das rollige Bodenmaterial der Werkleitungsgräben zu Mehrkosten, weil diese grösser ausgehoben werden mussten als üblich. Die Kreditabrechnung wird im Laufe des nächsten Jahres vorgelegt werden. Die CHF 300'000 werden der Wasserversorgung belastet, d.h. es wird mit Gebührengeldern, also verursachergerecht, finanziert.

Ursula Haag: Neueingänge: Es liegt die Motion von Erich Schmid betreffend Überarbeitung Zonenplan vor. Diese wird an der Einwohnerratssitzung vom März 2017 traktandiert. Es liegt ein Rücktrittsschreiben von Silvia Dingwall vor. Sie wird auf Ende Jahr aus dem Rat zurücktreten. Sie möchte gerne neuen und jüngeren Personen die Möglichkeit geben, ihren Platz im Einwohnerrat einzunehmen. Auch ihre berufliche Mehrbelastung hat sie zu diesem Schritt bewogen. Im Namen des Einwohnerrates möchte ich Silvia Dingwall alles Gute für die Zukunft wünschen und mich herzlich für ihren grossen und langen Einsatz im Einwohnerrat bedanken.

Zum Protokoll: Die Protokolle der Einwohnerratssitzungen vom 15. September 2016 und 29. September 2016 wurden Ihnen zugestellt. Es sind keine Änderungen eingegangen. Somit gelten die Protokolle als genehmigt.

2 2016.35 Grundwasserpumpwerk Aesch, Kirchdorf; Verpflichtungskredit von CHF 172'800 für Pumpenrevision und Ersatz Verbindungsleitungen

Eintreten wird nicht bestritten.

Franziska Grab, Vizeammann: Bei unserem Hauptpumpwerk Aesch haben wir zwei Pumpen installiert. Sie alle hatten wohl die Möglichkeit für eine Besichtigung in diesem Pumpwerk. Diese beiden Pumpen müssen die Wasserversorgung in Obersiggenthal sicherstellen. Diese Pumpen weisen je ca. 40'000 Betriebsstunden auf und sind seit 1974 ununterbrochen in Betrieb. Damit wir einen höheren Wirkungsgrad erreichen können, sind wir der Meinung, dass jetzt der Zeitpunkt für eine Sanierung der Pumpen richtig sei. Sie wissen, wir haben Probleme mit sogenannten Kriechströmen. Dies führte zu Korrosionen bei diesen Pumpen. Es wurde bereits versucht, dies zu beheben und es wurden entsprechende Massnahmen eingeleitet, welche auch funktionieren. Nichts desto trotz ist nun der Zeitpunkt gekommen, die Pumpen zu revidieren. Im 2017 soll die erste Pumpe revidiert werden inkl. den anstehenden Leitungserneuerungen. Die zweite Pumpe, welche gleich alt ist, soll in etwa 5 Jahren saniert werden. Somit würden wir den gleichen Turnus für eine Revision beider Pumpen in den kommenden Jahren brechen. Heute haben wir die Situation mit zwei Pumpen, welche gleichzeitig in Betrieb genommen wurden. Mit der Revision in zwei Schritten würde das wegfallen und wir hätten eine zeitliche Staffelung allfälliger Revisionen. Somit kann eine Sicherstellung für die Funktion der Wasserversorgung gewährleistet werden.

Ferdinand Senn: Die beiden Parteien CVP und BDP haben anlässlich der Fraktionssitzung das Geschäft über die Wasserversorgung in unserer Gemeinde rege diskutiert. Das Herzstück unserer Wasserversorgung, unserer Bevölkerung einwandfreies Trinkwasser zu liefern, darf nicht geschmälert werden und der Standard muss aufrecht erhalten bleiben. Ebenso die Sicherstellung des Löschschatzes als zweitwichtigstes Segment. Die Revision der Bohrlochpumpe macht

in der vorgeschlagenen Form Sinn und soll mit der erreichten Kontinuität erhalten und sogar gestärkt werden können. Auch die Etappierung zielt auf eine Werterhaltung hin. Die Verbindungsleitungen gewinnen ebenfalls mit dem gewählten Material Edelstahl an Lebensdauer und Haltbarkeit und eine solide Betriebstauglichkeit. CVP und BDP-Fraktion empfiehlt einstimmig, den Verpflichtungskredit für die Pumpenrevision und den wichtigen Ersatz der Verbindungsleitungen zu genehmigen.

Peter Huber: Auch die SVP hat sich ausführlich mit dem Bericht und dem Antrag auseinandergesetzt. Es ist erstaunlich, wie lange die Anlage problemlos funktionierte. Es zeigte, dass damals bereits gutes Material eingesetzt wurde. Aus dem Antrag ist zu erkennen, dass eine Revision der Pumpe Sinn macht, den Wirkungsgrad erhöht und dadurch auch weniger Strom braucht. Ansonsten wäre es wohl sinnvoller gewesen, einen neuen Motor einzubauen. Der Ersatz der Leitungen wegen den Kriechströmen ist leider ein Normalfall. Beim damaligen Zeitpunkt der Inbetriebnahme wusste man das aber noch nicht besser. Heute ist man mit Erkenntnissen betreffend Kriechströmen und Kathodenschutz einiges weiter. Die SVP stimmt deshalb diesem Antrag zu.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Verpflichtungskredit von CHF 172'800 inkl. MwSt. für die Pumpenrevision und den Ersatz der Verbindungsleitungen wird bewilligt (Preisstand 3. Quartal 2016).

Dieser Antrag wird mit 34 Ja- zu 0 Nein-Stimmen genehmigt.

3 2016.36 Feuerwehrwesen; Einsatzkostentarif Feuerwehr Obersiggenthal

Eintreten wird nicht bestritten.

Franziska Grab, Vizeammann: Eine Frage tauchte auf, an wen eine Beschwerde gerichtet werden muss, wenn man mit dem frist-responder-Tarif nicht einverstanden ist. Auf jeder ausgestellten Rechnung ist vermerkt, an wen man sich wenden muss, wenn man mit einer Rechnung nicht einverstanden ist. Es ist geplant, dass das Feuerwehrkommando die Rechnungstellung vornimmt. Ist der Rechnungsempfänger mit der Rechnung nicht einverstanden, so kann eine Einwendung an den Gemeinderat eingereicht werden. Der Gemeinderat wird darüber befinden, ob der Einwendung entsprochen wird oder nicht. Erfolgt eine Ablehnung, dann hat der Rechnungsempfänger einen beschwerdefähigen Entscheid in den Händen und er kann seine Beschwerde an die AGV weiterziehen. Diskussionen gaben vor allem die Firstresponderkosten. Im Eigenamt werden seit 2010 die Firstresponder-Einsätze weiterverrechnet an die Leute, welche diese brauchten. In den Nachbarkantonen Zürich und Bern werden die Firstresponder-Einsätze ebenfalls weiterverrechnet. Es ist also kein Novum mit unserer Weiterverrechnung der Firstresponder-Einsätzen. In anderen Gemeinden ist es vielleicht anderes gelöst. In Wettingen zum Beispiel, übernimmt der Samariterverein die ganzen Einsätze. Die Entschädigung läuft über ein Hintertürchen. Bis jetzt war es so, dass einige Gemeinden diese Weiterverrechnung einführen wollten, doch schlussendlich wegen den Kosten darauf verzichtet haben. Mit dem von uns eingesetztem Betrag wollen wir einen Teil der Materialkosten durch die Firstresponder-Einsätze gedeckt haben. Sie haben gesehen, wir haben immer mehr solcher Einsätze, wie zum Beispiel bei Notfällen wie Bewusstlosigkeit, Atemnot etc. Auch hier kommt die Feuerwehr zum Einsatz. Zu Punkt 2, Abdelegation der Einsatztarife an den Gemeinderat, ist zu sagen, dass es unverhältnismässig wäre, bei Tarifierung für Ölbindemittel oder Wes-peneinsatz dem Einwohnerrat jedes Mal eine Vorlage zu unterbreiten. Wir haben festgestellt,

dass auch andere Gemeinden die Einsatzkostentarife an den Gemeinderat delegiert haben. Darum stellen wir heute den Antrag, dass in Zukunft der Gemeinderat mit der Feuerwehrkommission zusammen die Tarife bestimmen. Der Gemeinderat wird nie alleine die Tarife festlegen. Bei den Tarifen wurden generell Anpassungen vorgenommen. Nehmen wir zum Beispiel einen mit Wasser gefüllten Keller, der ausgepumpt werden musste. Wurde der Keller infolge hausinterner technischer Mängel oder Defekte mit Wasser gefüllt, wird dieser Schaden durch die Versicherung des Hauseigentümers zurückerstattet. Die Kosten für den Firstresponder-Einsatz werden von der Krankenkasse übernommen. Aus diesem Grund sollen die Kosten nicht mehr weiterhin von der Gemeinde getragen werden.

Markus Renggli: Im Sinne von Zeiteinsparung für die Verarbeitung des Protokolls fasse ich mich ganz kurz. Die CVP unterstützt beide Teile des Antrages und vertraut auf die Kompetenz der Feuerwehrkommission mit der Erarbeitung der Tarife.

Eugen Paul Frunz: Die SVP hat anlässlich ihrer Fraktionssitzung über die Anpassung der Einsatztarife diskutiert. Wir wissen alle, dass es um unsere Gemeindefinanzen schlecht steht. Peter Marten hat schon mehrmals aufgezeigt, dass es zwei Wege gibt, die Situation zu verbessern. Das eine wäre Kostensenkung und das andere wäre Gebühren oder Steuern zu erhöhen. Im Falle der Feuerwehr ist es eher schwierig, die Kosten zu senken. Was jetzt vorliegt ist eine Erhöhung der Gebühren, welche in unseren Augen vertretbar ist. So können die meisten Kosten von den Betroffenen ihren Versicherungen weiterverrechnet werden. Daher werden wir dem Antrag a) zustimmen. Was den Antrag b) betrifft, werde ich diesen persönlich nicht unterstützen. Der Einwohnerrat ist die Legislative, sprich gesetzgebende Gewalt. Der Gemeinderat, die Exekutive, ist die ausführende Gewalt. Wie der Gemeinderat im Jahre 2011 die Tarife anpassen konnte, ohne dass der Einwohnerrat darüber informiert wurde, ist mir schleierhaft. In der Gemeindeordnung § 38 ist folgendes zu lesen: Zu den Aufgaben des Einwohnerrates gehört der Erlass von Reglementen, in denen Gebühren und Beiträge festgelegt werden. Das war bereits im Jahr 2011 der Fall. Für mich ist das eine Zeitfrage. Klar geht es in diesem Fall um Einnahmen und nicht um Kosten wie zum Beispiel beim Krippenpool. Es geht um das Prinzip. Der Einwohnerrat erlässt ein Reglement und der Gemeinderat setzt dieses um. Ich möchte beliebt machen, dass an der bewährten Gewaltentrennung festgehalten wird und deshalb dem Antrag b) nicht zuzustimmen. Es ist nicht so, dass die Tarife alle 6 Monate angepasst werden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

- a) Der Tarif über die Entschädigung von Einsatzkosten im Feuerwehrwesen der Gemeinde Obersiggenthal wird genehmigt und auf den 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt.**

Dieser Antrag wird mit 33 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

- b) Die Kompetenz für Anpassungen beim Einsatzkostentarif wird an den Gemeinderat delegiert.**

Dieser Antrag wird mit 23 Ja- zu 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

- 4**
- 2013.35** **Kreditabrechnungen**
a) Sanierung Blumenstrasse, Strassenbau
b) Sanierung Blumenstrasse, Wasserversorgung
c) Sanierung Blumenstrasse, Kanalisation
- 2012.11** **d) Sanierung Flühstrasse, Strassenbau**
e) Sanierung Flühstrasse, Wasserversorgung
f) Sanierung Flühstrasse, Kanalisation
- 2012.04** **g) Sanierung Kirchweg Ost, Strassenbau**
h) Sanierung Kirchweg Ost, Wasserversorgung
i) Sanierung Kirchweg Ost, Kanalisation
- 2011.41** **j) Sanierung Mehrhaldenstrasse Ost, Strassenbau**
k) Sanierung Mehrhaldenstrasse Ost, Wasserversorgung
l) Sanierung Mehrhaldenstrasse Ost, Kanalisation

Eintreten wird nicht bestritten.

Franziska Grab, Vizeammann: Es trat eine Frage auf wegen der Perimeter-Erweiterung der Erdgasversorgung an der Birkenstrasse. Ursprünglich sah das Projekt der Regionalwerke lediglich vor, die Erdgasleitung im Treppenweg von der Blumenstrasse bis zur Birkenstrasse zu verlegen, damit später eine Option für einen Anschluss der Birkenstrasse möglich wäre. Beim Wendplatz der Birkenstrasse, also am oberen Ende des Treppenweges, war das Ausbau-Ende von allen Werken angedacht. Während der Projektrealisierung haben die Regionalwerke mitgeteilt, dass zwischenzeitlich an der Birkenstrasse drei Bestellungen für weitere Hausanschlüsse eingegangen sind. Es handelte sich um die Hausnummern 10, 15 und 17. Deshalb hat sich eine Perimeter-Erweiterung aufgedrängt, welche im Zuge der Bauarbeiten entstanden sind. Die Leistungen der Regionalwerke sind direkt verrechnet worden. Wir haben keine Kenntnisse über diese Kosten. In diesem Bereich zeigten sich einige meterlose Randabschlüsse bei einzelnen defekten Einlaufschächten und einige quadratmetergrosse Restflächen ausserhalb der Erdgaswerkleitungen vor Ort. Es wurde entschieden, diese Kosten nicht aufzuteilen, da die Strasse bereits im oberen Teil defekt war.

Theo Flückiger: Wir werden den Kreditabrechnungen, so wie sie vorliegen zustimmen seitens der Fraktion SP und Grüne. Ich habe zwei Punkte, welche ich konkret ansprechen möchte. Wir haben Rückmeldungen aus der Bevölkerung aus dem Gebiet Flühstrasse erhalten, dass die Tarife für Private sehr hoch seien und das Gefühl entstand, dass sich Unternehmen daran gesundstossen. Bei der Gemeinde wurde seitens der Unternehmer zu tief offeriert und dann werde versucht, bei den Privaten das fehlende Geld wieder reinzuholen. Wir können das nicht beurteilen. Doch wir sind der Meinung, dass wäre ein Rückmeldung an den Einwohnerrat und Gemeinderat wert, um das eine oder andere Augenmerk auf die Situation zu richten und dass Kenntnis über dieses Anliegen genommen wird. Der zweite Hinweis betrifft den Kirchweg Ost. Dieser hat ja einige Wellen geworfen, bis es zum Kredit gekommen ist. Vielleicht ging es darum so lange, bis die Kreditabrechnung vorgelegt wurde. Damals stand vor allem das Thema über die gestalterische Frage im Raum. Ich möchte dies nochmals aufgreifen, weil ich das Gefühl habe, es ist etwas Wichtiges. Man sieht dort, wie es falsch laufen kann. Es bestehen weitere Abschnitte am Kirchweg, für welche ich die Hoffnung habe, dass es dannzumal anders laufen wird. Der Kirchweg Ost wurde damals mit einem Kredit vorgelegt und gleichzeitig, in der gleichen Woche, wurde das Projekt der Verkehrskommission übergeben. Die Verkehrskommission hatte keine Möglichkeiten, auf das Projekt Einfluss zu nehmen. Das finde ich persönlich falsch. Wir haben Kommissionen, damit solche Projekte geprüft werden. Ich denke, jedes Projekt gehört frühzeitig auf den Tisch der Verkehrskommission. Wir hatten Probleme mit den Randsteinen. So wie die Situation hier umschrieben wird, ist es nur die halbe Wahrheit. Man hatte sehr viele Querungen und die Randsteine lagen in der Luft. Es ist klar, dass dann das Fundament nicht sehr gut ist und alles runterfällt. Das war ein Thema, welches dannzumal auch zur Sprache kam. Entsprechend hat man die Randsteine, welche heute ein Teil der Mehrkosten bildet, ersetzt. Diese Kosten wären allenfalls gar nicht nötig gewesen. Dannzumal

war der Vorstoss der, warum hat man gestalterisch diese Strasse nicht angepasst. Es hiess, das geht zeitlich nicht so schnell, das braucht mehr Vorlauf. Dann muss der Vorlauf eingeplant werden. Das wurde nicht gemacht. Eine Strasse wird geplant und wird in eine Tempozone eingeteilt. Irgendwann kann das Regime geändert werden. Das ist hier passiert. Der Kirchweg ist heute eine Tempo 30-Zone, wurde aber nicht als solche geplant. Man hatte zwei Hauptsachsen durch Obersiggenthal als Hauptstrassen gezogen. Heute ist das eine Tempo 30-Zone, dürfte sogar in diesem Bereich Fahrverbot mit Zubringerdienst sein. Man wollte das damals aber nicht. Die Tempo 30-Zone heisst, man hat verschiedene Verkehrsteilnehmer, welche den Strassenraum gleichzeitig nutzen können. Es gibt keine Priorisierung mehr, man hat kein Trottoir, man hat keine Fussgängerstreifen, man hat keine Velowege. Wir haben dort heute zweiseitig ein Trottoir. Das braucht es eigentlich nicht und suggeriert eine falsche Haltung. Der Autofahrer hat die Strasse für sich, die Fussgänger sind auf dem Trottoir. Gleichzeitig weigerte man sich, den kantonalen Radweg zu markieren, weil es eine Tempo 30-Zone sei. Wir sehen hier einige Widersprüche. Der Radweg fehlt heute noch. Der Fussgänger hat sein Trottoir, der Autofahrer hat die Strasse und wird nicht dazu angehalten, langsam zu fahren. Der Velofahrer muss selber schauen, wie er am Rande dort funktionieren kann. Wir haben die Situation, dass wir am Kirchweg Ost ein Kindergarten haben, eine Kirche, ein Schulhaus. Das Schulhaus hat ein Trottoir, an der schmalsten Stelle 60 cm breit. Man geht also bewusst eine Gefährdung der Kinder ein, wenn so etwas weiterhin erhalten bleibt. Das ist für mich ein massiver Fehler und wurde in Kauf genommen. Dieser Weg wird von den Schülern täglich gebraucht und genutzt und ist wichtig für den Langsamverkehr. Das ist eigentlich unsere Hauptschlagader vom Langsamverkehr in unserem Dorf. Das sieht man der Gestaltung nicht an. Leider ist vieles schiefgelaufen, weil man nicht planen wollte, weil es zu lange dauern würde. All die Punkte, welche damals nicht gelöst waren, sind auch heute noch nicht gelöst. Eine Strasse wird für 30 Jahre und mehr gebaut. Wir haben die Chance vergeben, Anpassungen vorzunehmen. Wechselt man ein Regime, dann macht man das nicht jetzt, sondern dann, wenn die Strasse saniert wird. Sonst sind die Kosten zu hoch. Das machte man hier nicht. Ich möchte, dass meine Aussage im Protokoll festgehalten wird, dass bei den weiteren Abschnitten im Kirchweg nicht noch einmal alles gleich abläuft.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission hat die Kreditabrechnungen geprüft und die ausführlichen Berichte konnten Sie alle lesen. Ich möchte an dieser Stelle nochmals etwas anschneiden, damit es auch protokolliert und nochmals gesagt ist. Wir sind schon erstaunt, wenn die Kosten für eine Strasse fast 50 % höher ausfallen als ursprünglich geplant. Das sind Sachen, über welche wir als Nicht-Tiefbauspezialisten staunen. Betrachtet man auf den ersten Blick den gesamten Betrag von CHF 2.2 Mio., dann könnte man sagen, alles sei eine Punktlandung, alles gut, kein Problem. Wir wollen alles nicht schlechter machen, als es ist. Es ist grundsätzlich gut. Aber so grosse Differenzen erstaunen. Ich bin innerhalb der Fraktion angesprochen worden, ob nicht ein Nachtragskredit hätte gestellt werden müssen, wenn solche Änderungen anstehen. Wir haben die ganze Thematik Nachtragskredit in einem anderen Zusammenhang mit dem Gemeinderat aufgenommen. Wir haben mit dem Gemeinderat ebenfalls besprochen, wie die Kommunikation inskünftig bei ähnlichen Situationen erfolgen soll. Seitens der Finanzkommission mussten wir sagen, dass es nichts gebracht hätte, wenn wir hier infolge massiver Überschreitung die Kreditabrechnung zurückgewiesen und eine Neuver-
lage verlangt hätten. Es ändert an der Sachlage nichts. Künftig wollen wir dies prozessual lösen und das wurde mit dem Gemeinderat geklärt. Aus Sicht der Finanzkommission wurden zukünftige richtige Abläufe aufgegleist.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Folgende Kreditabrechnungen werden genehmigt:

a) Sanierung Blumenstrasse, Strassenbau

CHF 271'634,95

b) Sanierung Blumenstrasse, Wasserversorgung	CHF 186'061.00
c) Sanierung Blumenstrasse, Kanalisation	CHF 118'572.40
d) Sanierung Flühstrasse, Strassenbau	CHF 227'803.15
e) Sanierung Flühstrasse, Wasserversorgung	CHF 186'699.50
f) Sanierung Flühstrasse, Kanalisation	CHF 161'270.65
g) Sanierung Kirchweg Ost, Strassenbau	CHF 159'944.35
h) Sanierung Kirchweg Ost, Wasserversorgung	CHF 65'082.00
i) Sanierung Kirchweg Ost, Kanalisation	CHF 88'328.10
j) Sanierung Mehrhaldenstrasse Ost, Strassenbau	CHF 503'597.05
k) Sanierung Mehrhaldenstrasse Ost, Wasserversorgung	CHF 132'352.50
l) Sanierung Mehrhaldenstrasse Ost, Kanalisation	CHF 132'843.00

Die Kreditabrechnungen werden einstimmig genehmigt.

5 2016.25 Postulat Fraktion SP/Grüne betreffend Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden und Dritten

Eintreten wird nicht bestritten.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Gemeinderat wurde beauftragt zu prüfen, wie die Gemeindeaufgaben im Verbund mit Nachbargemeinden gelöst werden, wie die Gemeindeaufgaben heute an Dritte, an gemeinnützige Organisationen, Zweckverbände, Private ausgelagert werden und wie die verbleibenden Aufgaben für die Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden oder Dritten in Frage kommen könnten. Wir mussten abklären, welche Kostenfolgen in Form von Mehrausgaben und Einsparungen sich aus eingegangenen bzw. möglichen Kooperationen ergeben. Der Gemeinderat hat im Rahmen seiner zeitlichen Möglichkeiten zwei Listen erarbeitet. Eine Liste nimmt Bezug auf bestehende Zusammenarbeiten und die zweite Liste zeigt auf, welches Potential für mögliche Zusammenarbeiten mit Nachbargemeinden besteht. Der Gemeinderat hat jedes einzelne Thema auf diesen beiden Listen nach bestimmten Kriterien bewertet. So sind zwei Arbeitspapiere entstanden, welche in konzentrierter Form einen Überblick über die bestehende bzw. potentielle Zusammenarbeit ermöglichen. Der Gemeinderat war selber erstaunt, wie viele Formen von Zusammenarbeit heute bereits stattfinden. Der Gemeinderat hat als Fazit zu der potentiellen Zusammenarbeit festzuhalten, dass es schwierig ist, die Chancen für eine engere Zusammenarbeit abzuschätzen. Bisherige Gespräche mit anderen Gemeinden haben sehr unterschiedliche Resultate aufgezeigt. So war zum Beispiel die Zusammenlegung der Betriebsämter von Obersiggenthal, Ennetbaden, Untersiggenthal, in der Zwischenzeit auch Freienwil und Ehrendingen, zu einem gemeinsamen Betriebsamt ein sehr erfolgreiches Unterfangen. Im Gegensatz hierzu steht die ablehnende Haltung von Untersiggenthal betreffend der Bemühungen der Gemeinde Obersiggenthal für eine Zusammenlegung der beiden Feuerwehren. Ebenso hat Untersiggenthal bei ersten Sondierungsgesprächen betreffend einer möglichen Zusammenarbeit der Wasserversorgung ebenfalls ein klares Nein ausgesprochen. Die allgemeine Wirtschaftslage, welche sich bei immer mehr Gemeinden auf der Einnahmenseite bemerkbar macht, fördert die eher verbreitete allgemeine Zurückhaltung. Wie gesagt, weitergehende konkrete Abklärungen zur weiteren Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden waren in der uns zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich. Ich möchte Ihnen trotzdem beliebt machen, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Christian Keller: Wir haben in der Fraktion SP/Grüne Fraktion die Auslegeordnung zur Kenntnis genommen. Es handelt sich um eine gute Auslegeordnung, welche auch die Breite der Aufgaben der Gemeinde aufzeigt. Wir sind aber der Meinung, dass die Papiere zu wenig in die Tiefe gehen. Wir haben uns aus den Unterlagen mehr erhofft. Allerdings ist das in Anbetracht der vorhandenen Ressourcen nicht verwunderlich, dass jetzt in einem ersten Aufwisch das vor-

gelegte Arbeitspapier präsentiert wurde. Wir wünschen uns, dass die Arbeit an den Dokumenten weitergeführt wird und dass sich der Gemeinderat vornimmt, die einzelnen Abteilungen vertieft zu prüfen. Das kann eine Aufgabe für die nächsten Jahre oder aber auch eine Aufgabe im Rahmen einer Legislaturplanung sein, Möglichkeiten von Zusammenarbeiten vertieft zu prüfen. Wir sind überzeugt, dass die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden Potential aufweist. Unser Ziel muss sein, dass wir einen guten Service Public anbieten können zu einem guten Preis. Unsere Fraktion wird der Abschreibung dieses Geschäftes zustimmen.

Patrick Hehli: Ich habe eine Frage an die SP/Grüne Fraktion. Mir ist immer noch nicht ganz klar, wohin dieses Postulat eigentlich abzielen sollte. Ich möchte gerne wissen, in welchen Bereichen die vertiefte Prüfung oder ein vertieftes Controlling stattfinden soll. Ich bin nicht immer Fan vom Gemeinderat, das ist kein Geheimnis. Doch unter diesem Aspekt wird seit Jahren sehr gut nach möglichen Lösungen gesucht. Wir haben viele Beispiele wie Betriebsamt und Forstbetrieb. Führt der Weg zu einer Gemeindefusion als Endziel oder was ist die Absicht hinter dieser ganzen Geschichte?

Christian Keller: Unsere Überlegung war, in Anbetracht der finanziellen Lage, dass unsere Gemeinde die Möglichkeiten prüfen muss einen zahlbaren und guten Service Public aufrecht zu erhalten. Da liegt es auf der Hand zu prüfen, ob mit Nachbargemeinden Aufgaben gemeinsam gelöst werden könnten. Ein Beispiel könnte sein, dass Lasten wie ein Hallen- und Gartenbad oder eine Dreifachturnhalle in einer gemeinsamen, regionalen Trägerschaft verwirklicht werden und nicht jede Gemeinde für sich allein die Kosten zu tragen hat. Es hat durchaus einen vorausblickenden Charakter, sich zu überlegen, wie man etwas angehen kann, gemeinsam mit Nachbargemeinden die angehenden Lasten gemeinsam zu tragen. Es sollen auch Überlegungen gemacht und die Frage gestellt werden, wie weit ist es sinnvoll, mit der Stadt Baden zusammen zu arbeiten? Dies auch im Hinblick auf eine spätere Fusion, welche vielleicht in 20 bis 30 Jahren ein Thema sein kann. Wenn man sieht, in welche Probleme die Gemeinde laufen wird, dann stehen Themen über Gemeindefusionen in Zukunft sicher im Vordergrund. Wir müssen ja nicht Angst haben davor, wir haben ja das Beispiel vom Kanton Glarus gesehen. Dort wurden aus 34 Gemeinden nur noch 3 Gemeinden. Die Leute auf dem Lande haben dort nicht das Gefühl, sie verlieren ihre Identität. Es wurde auf administrativer Ebene ein Weg gefunden, um massiv Kosten einzusparen. Da sind wir auch als Ratsmitglieder gefordert, solche Optionen zu prüfen.

Volkmar Hauelsen: Die Fraktion CVP/BDP hat die sehr reichhaltige Zusammenstellung mit Interesse zur Kenntnis genommen. Es wird dem Gemeinderat für die geschaffene Transparenz gedankt. Es ist erstaunlich, wieviel schon läuft. Ich denke, das war vielen von Euch auch noch nicht bekannt. Es ist auch bemerkenswert die Potenziale, die bereits identifiziert sind. Da wollen wir dem Gemeinderat beliebt machen und anregen, dass davon interessante Dinge mit viel Potenzial auch in die zukünftige Planung, in die zukünftigen Ziele aufgenommen werden sollen. Wir denken, dass es Potenzial gibt, Fixkosten und Investitionen aufzuteilen und gemeinsam zu nutzen, ohne damit dann gleich die administrativen Kosten zu verdoppeln. Unsere Bitte ist, alles weiter zu verfolgen und in die Ziele aufzunehmen. Das Postulat sehen wir als erledigt an.

Peter Marten: Die FDP-Fraktion hat sich auch intensiv mit den Papieren auseinandergesetzt. Wir anerkennen die Arbeit der Gemeinde, welche in dieser kurzen Zeit geleistet wurde. Aber wir stimmen nicht in das allgemeine Lob mit ein. Einmal mehr hat es der Gemeinderat verpasst, klare Prioritäten aufzuzeigen, wie er die offenen Themen anpacken will. Wir finden das schade. Es wird nicht aufgezeigt, was man damit weiterverfolgen will. Bei der Information an der Fraktionspräsidentenkonferenz wurde gesagt, da könnte allenfalls die Finanzkommission etwas aufnehmen. Nein, die Finanzkommission ist nicht die Pendentensammelstelle von allen, um die Themen anzustossen. Wir von der Fraktion laden den Gemeinderat ein, fordern können wir ja nicht, eine gewisse Priorisierung herbeizuführen und aufzuzeigen, welche Themen jetzt angepackt werden. Uns sind die vorliegenden Papiere zu unverbindlich. Betrachten wir die Situation, so ist aus unserer Sicht eigentlich das Postulat nicht erfüllt. Man muss aber auch

klar sagen, dass in dieser kurzen Zeit eine detaillierte Abklärung über die finanziellen Konsequenzen bis ins letzte Detail darzulegen, nicht möglich war. Selbst bei mehr Zeit wäre es ein teures Unterfangen geworden.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

- 1. Der Bericht des Gemeinderates sei zu genehmigen.**
- 2. Das Postulat sei als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben.**

Dieser Antrag wird einstimmig genehmigt.

6 2016.37 Anfrage Silvia Dingwall / Protokollierung im Einwohnerrat

Eintreten wird nicht bestritten.

—
Ursula Haag: Die schriftliche Antwort vom Gemeinderat liegt vor.

Silvia Dingwall: Besten Dank für die Antwort zu meiner Frage. Ich frage mich aber, ob die Bevölkerung wirklich so viel Interesse am Protokoll des Einwohnerrates zeigt. Aber wenn doch, so bestehen Möglichkeiten, die Sitzungen mit Tonaufnahmen, Streaming oder Podcasts zugänglich zu machen. Bis es so weit ist, liegt es an den Ratsmitgliedern, selber sparsam mit den Voten umzugehen. Silvia Dingwall legt eine Grafik auf, in welcher der Aufwand pro Partei für die Protokollierung ersichtlich ist. Die Tabelle zeigt die Auswertungen der letzten beiden Sitzungen, welche wir analysiert haben. Die Zeilen wurden im Protokoll gezählt. Auf der Zusammenstellung sehen Sie die Voten vom Rat. Nicht eingerechnet sind die Voten der Präsidentin, dem Vizepräsidenten, Präsident Finanzkommission und Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Es ist ersichtlich, dass speziell bei einer Partei ein Sparpotenzial drin liegt. In Zukunft geht mich das nur noch als Steuerzahlerin etwas an. Ich wünsche Euch weiterhin konstruktive Einwohnerratsitzungen.

Ursula Haag: In der Zwischenzeit möchte ich Linus Egger begrüßen. Es handelt sich hier um eine Anfrage. Wird die Diskussion gewünscht? Dann müsste dies nun beantragt werden.

Marcel Müller: Es handelt sich hier um eine Schlaumeier Statistik. Ich stelle keinen Antrag für eine Diskussion.

7 2016.38 Postulat Peter Marten / Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal, mögliche Reduktionen beim Aufwand

Eintreten wird nicht bestritten.

—
Theo Flückiger: Unser Bad bietet eine wesentliche Standortqualität, welche unsere Gemeinde prägt. Es ist ein Freizeitangebot für jedermann, ob jung oder alt, reich oder arm. Es ist ein Begegnungsort für das Dorf, ein Beitrag an das Gesundheitswesen. Körperlich aktive Menschen werden weniger krank. Es ist ein wichtiger Beitrag an die Schule für den Schwimmunterricht. Das Bad bietet ein reichhaltiges Angebot von Kursen wie Schwimmkurs, Aqua-Fit, Tauchsport.

Es gibt ein Unterhaltungsprogramm vom Sommerkino bis über Saunaerlebnis und es ist nicht zuletzt auch ein Arbeitsort. Es ist ein geschätztes und breitgenutztes Angebot. Es ist aber auch richtig, das Bad kostet. Darum wurden bereits diverse Bemühungen und Untersuchungen vorgenommen, um Kosten zu optimieren. Es wurde einiges aufgezeigt. Die Erkenntnis, dass das öffentliche Bad nicht rentabel geführt werden kann, ist auch nichts Neues. Das vorliegende Postulat versucht, eine Kostenreduktion des Bades zu erwirken. Die Frage aber ist wie das erreicht werden soll. Natürlich ist es möglich, Kosten zu senken, wenn massiv Leistungen abgebaut werden. Mit einem Leistungsabbau nimmt man einiges der heutigen Qualität weg. Sämtliche Vorschläge zielen darauf hin, dass wirklich massiv reduziert wird. Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, die Zitrone ist ausgepresst. Sie hat kein Saft mehr. Ich verspreche Euch, es wird bitter. Das Postulat ist eindimensional auf der Ebene der Kosten aufgebaut. Konsequenz dieser Betrachtung ist, das Bad ganz zu schliessen. Das wäre dann der letzte Schritt mit einer massiven Abbaupolitik, welche in diesem Postulat angedacht wurde. Man könnte dann sagen, wir spielen das Spiel mit, um schlussendlich ein klares Bekenntnis zum Bad zu erhalten. Das Volk hat bereits mehrfach ja gesagt zum Bad und wird an den nächsten Kreditanträgen die Möglichkeit haben, Stellung zu nehmen. Das Postulat ist für uns ein sehr gefährliches Spiel. Herr Cameron hat den Brexit zur Abstimmung gebracht, weil er der Ansicht war, er könne seine Seite stärken. Das ging aber in die Hosen. Das Gleiche blüht nun hier beim Bad. Beginnen wir auf der reinen Kostenebene das Bad zu betrachten, dann besteht die Gefahr, dass wir das Bad nicht mehr lange haben. Darum stehen wir vehement dafür ein, dass das Postulat so nicht überwiesen, sondern abgelehnt wird.

Peter Marten: Ich war eigentlich der Meinung, dass ich für mein Postulat nicht die Werbetrommel rühren muss. Doch ich fühle mich hier herausgefordert und nehme die Herausforderung gerne an. Liest man den Postulat-Text genau durch, dann steht da nicht, dass ich als Postulant verlange, das Schwimmbad zu schliessen. Ich möchte eine Grundsatzdiskussion anstossen. Es ist unbestritten, das Bad ist ein grosser Kostenblock. Bei den Budgetdiskussionen haben wir eigentlich gar nie richtig die Gelegenheit, über den Betrag zu diskutieren. Alles was ich möchte ist, dass eine Grundsatzdiskussion geführt werden kann mit den damit verbundenen finanziellen und nicht finanziellen Konsequenzen. Der Gemeinderat wäre in der Lage, genau Deine aufgegriffenen Punkte zu beantworten. In diesem Sinne und Geist wäre ich froh, wenn der Rat das Postulat überweist.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Das Postulat Peter Marten / Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal, mögliche Reduktionen beim Aufwand, sei dem Gemeinderat zu überweisen.

Dieses Postulat wird mit 26 Ja- zu 8 Nein-Stimmen überwiesen.

8 2016.39 Motion Urs Müller, Theo Flückiger, Volkmar Haueisen, betreffend Mätteliste

Eintreten wird nicht bestritten.
—

Ursula Haag: Ihr habt alle per Mail die abgeänderte Motion vom 5. Dezember 2016 erhalten. Mit dieser Änderung ist der Gemeinderat bereit, die Motion entgegenzunehmen. Zudem

habe ich ein Schreiben von Herr und Frau Wiederkehr erhalten, welcher den Wunsch beinhaltet, dass sich der Einwohnerrat für den Steg einsetze. Wer den Brief lesen will, kann ihn gerne bei mir einsehen.

Urs Müller: Im Namen der Motionäre möchte ich noch einige Hinweise zur vorliegenden Motion machen. Wir haben die Motion bewusst überparteilich und als Mitglieder der Planungskommission eingereicht. Wir haben das gemacht, weil der Gemeinderat im September erklärte, dem Einwohnerrat keine Vorlage zum Mättelisteg zu unterbreiten. Es ist offensichtlich so, dass der Gemeinderat den Steg eigentlich will, aber es nicht als sinnvoll erachtet, bei der jetzigen finanziellen Situation eine solche Vorlage zu präsentieren. Als Mitglieder der Planungskommission haben wir die Entwicklung vom Projekt im Oederlin-Areal recht nah mitverfolgen können. Wir sehen auch, welche Bedeutung dieses Projekt für unsere Gemeinde hat. Würde dies realisiert, dann würde unsere Gemeinde in grossem Masse profitieren. Der Mättelisteg ist unseres Erachtens ein wichtiges Element in der geplanten stadtnahen Überbauung. In starkem Masse profitieren würden aber neben der Gemeinde auch die Investoren. Darum sind wir klar der Meinung, dass sie sich auf jeden Fall bei der Finanzierung von diesem Steg beteiligen müssen. Der Zeitpunkt ist wichtig, denn die Subventionen sind nicht mehr gewährleistet, wenn darüber im nächsten Jahr nicht entschieden werden kann. Ein anderer Punkt ist das Botta-Bad. Mit den Bauarbeiten wird sicher bald begonnen. Wir sprechen ja heute keinen Kredit. Wir beauftragen den Gemeinderat lediglich, dem Einwohnerrat im nächsten Jahr eine Vorlage zu unterbreiten, über welche wir dann befinden können. Neben der Beteiligung der Investoren im Oederlin-Areal gäbe es auch noch die Option, dass Nachbargemeinden, insbesondere Ennetbaden, eine Vorfinanzierung leisten könnten. Das was wir im ersten Motionstext enthalten. Der Gemeinderat hat aber gesagt, er könne dies so nicht entgegennehmen. Aber es gibt Signale aus Ennetbaden, dass ein solches Vorgehen möglich wäre. Wir müssten erst bezahlen, wenn wir Gewähr hätten, dass die Überbauung auch kommt. Der Gemeinderat soll bis zu einer Kreditvorlage im nächsten Jahr die Rahmenbedingungen klären. Dann können wir entscheiden, ob wir den Steg unter den Bedingungen wollen oder nicht. Wir sind uns bewusst, dass unsere Gemeinde im Moment finanziell nicht auf Rosen gebettet ist und wir punkto Investitionen zurückhaltend sein müssen. Aber wir dürfen unsere Gemeinde auch nicht zu Tode sparen und jegliche Entwicklung hemmen. Wir bitten Sie darum, die Motion zu überweisen und dem Gemeinderat somit die Chance zu geben, im nächsten Jahr mit einer guten Vorlage vor den Einwohnerrat zu treten.

Patrick Hehli: Ich möchte hier meine persönliche Meinung kundtun, sie ist nicht mit der Partei abgesprochen. Der Weg, wie es jetzt zu dieser Motion gekommen ist, finde ich nicht ganz in Ordnung. Man reicht eine Motion ein, sieht dann anhand der Traktandenliste oder aufgrund von Informationen, dass man die Motion nicht entgegennehmen will. Und dann kommt so kurzfristig, wenn eigentlich alle Fraktionssitzungen bereits stattgefunden haben, ein neuer Motionstext. Auch wenn derselbe nur geschwächt abgeformt wurde, es verändert die Diskussionsgrundlagen in den Parteien. Gerade Ende Jahr hat nicht jede Person Zeit, zusätzlich an eine Fraktionssitzung zu eilen. Ich wehre mich vehement gegen diese Überweisung. Wir kennen die Signale. Baden hat den Kredit abgelehnt. Schauen wir die Ideen an, dann befürchte ich, dass alles am Schluss ins leere endet. CHF 900'000 Kosten, nehmen wir an, der Investor übernimmt 50 %, dann sprechen wir immer noch von CHF 450'000. Es handelt sich hier um einen Steg, welcher fast CHF 3 Mio. kostet, welcher nicht einmal von einem Auto befahren werden kann. Für mich ist der Steg absolut überbeuert. Wir streichen hier Mäusebeiträge, welche im Dorf zu Diskussion Anlass geben. Man wird persönlich auf der Strasse darauf angesprochen. Wir bauen keine neuen Fussballplätze, welche auf unserem Gemeindegebiet liegen würden und für unsere Kinder gebaut würden. Wir bauen Schullräume in Baucontainer, weil wir sparen müssen. Doch im gleichen Atemzug wollen wir vom Gemeinderat eine Vorlage für einen überbeuerten Steg. Das sind für mich einfach falsche Signale. Ich bitte den Einwohnerrat inständig, die Motion nicht zu überweisen und den Mättelisteg ein für alle Mal zu begraben.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir müssen uns bewusst sein, dass das Oederlin-Areal das Grösste der verbleibenden Baufelder in unserer Gemeinde ist. Man kann davon ausgehen,

dass man dort in absehbarer Zeit zwischen 200 und 300 Wohnungen bauen kann. Für die Leute, die dort wohnen werden, ist der Mättelisteg ein essenzielles Element. Wir erhalten als Gemeinde mit einer Überbauung von 200 bis 300 Wohnungen ein ganz markanter Anteil an Steuersubstrat. Wir brauchen das für die Entwicklung der Gemeinde. Das ist der Grund und die Strategie vom Gemeinderat, die vorhandenen Baufelder, die wir noch haben, und das Oederlin-Areal ist das Grösste, weiterzuentwickeln. So kommen wir in der Gemeinde weiter. Das ist ein Anteil zur Bewältigung des Themas Steuereinnahmen. Es ist tatsächlich so, der Steg ist nicht gerade billig. Für den Steg wurde ein Wettbewerb durchgeführt. Es wurden 7 Angebote miteinander verglichen. Die vorliegende Variante ist die günstigste. Dort hat es ja noch ein Kraftwerk. Dieser Steg muss eine Last tragen um die Insel zu erreichen und zu befahren. Der Steg ist also teilweise fahrtauglich und macht das Projekt sicher nicht billiger. Wir haben kürzlich mit Baden und Ennetbaden an einer Sitzung teilgenommen. Ennetbaden hat ja bekanntlich dem Projekt ziemlich deutlich zugestimmt. Baden hat ziemlich knapp nicht zugestimmt. Ich habe von Baden sogar Mails erhalten mit den Bemerkungen, wenn Obersiggenthal so weit bereit ist und die Kreditvorlage genehmigt wird, dann werde Baden sicher eine Wiedererwägung des Steges diskutieren. Das Projekt ist in Baden überhaupt noch nicht gestorben. Ich wäre froh, wenn der Einwohnerrat die Motion überweisen würde, das wäre auch ein Zeichen gegenüber dem Entwicklungsträger Oederlin, dass grundsätzlich ein Wille vorhanden ist. Ich bin gleicher Meinung wie von Urs dargelegt, dass mit einer Überbauung im Oederlin-Areal eine gute Wertschöpfung erreicht werden kann mit einer voraussichtlich guten Ausnutzungsziffer und es handelt sich um keine Mehrwertabschöpfung. Darum ist der Gemeinderat der Meinung, dass sich der Entwicklungsträger an den Kosten beteiligen darf und muss. Es ist wichtig, dass die Überbauung kommt und dazu gehört auch ein Steg. Mit dem Steg ist die Distanz zum Bahnhof in einer machbaren Zeit zu überwinden. Muss man den weiteren Weg nehmen, dann macht das schnell 300 - 500 m mehr Weg. Das wäre wertmässig für das Areal nicht mehr das Gleiche.

Eugen Paul Frunz: Wir müssen im Oederlin-Areal investieren, dass das Baufeld erschlossen werden kann, um ein neues Steuersubstrat zu generieren. Das ist alles gut und recht und stimmt auch. Ich habe aber ein Problem. In bestehenden Baufeldern haben wir Strassen, welche nicht mehr saniert werden können, weil das Geld fehlt. Der Einwohnerrat schiebt die Strassensanierungen zurück oder lehnt diese ab. Ich erwähne hier die Kretzgasse. Doch nun sollten wir plötzlich Geld haben für einen Mättelisteg? Das steht für mich in keinem Verhältnis. Können wir die bestehende Infrastruktur nicht unterhalten, dann haben wir in meinen Augen auch kein Geld um etwas Neues zu bauen. Ich möchte noch zur Distanz vom Weg zum Bahnhof Baden etwas sagen. Ich zweifle daran, dass die Leute den Fluss überqueren und dann den steilen Stich überwinden. Ich denke, die Leute werden der Promenade entlang zum Lift laufen und so den Bahnhof erreichen. Dann spielt es keine Rolle, ob auf der linken oder auf der rechten Uferseite der Weg zurückgelegt wird.

Erich Schmid: Du hast das Kraftwerk erwähnt. Ich bin zufällig Pächter von diesem Kraftwerk. Ich möchte nachfragen, wie lange die Konzession noch läuft. Ich denke, diese läuft nicht mehr so lange. Ich habe das Jahr 2020 im Kopf. Ich persönlich bin für die Überweisung der Motion. Über das Thema Mättelisteg wird so viel diskutiert wie über das Schwimmbad. Ich denke, es ist gut, wenn über Schwimmbad und Mättelisteg einmal grundsätzlich diskutiert werden kann. Ich persönlich habe mit dem Mättelisteg immer noch Mühe. Mit der Überweisung der Motion bin ich der Ansicht, dass wir dann einen Entscheid erwirken. Ob der Entscheid für oder gegen den Mättelisteg ist, das möchte ich ganz stark in Frage stellen. Wir haben das Geld nicht. Dieter hat schon fast den Investitionskredit angesprochen, doch ich denke es geht hier um die Überweisung der Motion ob ja oder nein. Das Geld, welches Patrick angesprochen hat, ist die Ausarbeitung der Vorlage diese kostet auch. Eine Planung sollte eigentlich bereits vorhanden sein. Man löst nicht einfach CHF 100'000 Planungskredit aus. Sondern es handelt sich um einige Tausend Franken, vielleicht CHF 10'000, auf der Aufwandseite Kanzlei um die ganze Vorlage auszuarbeiten. Das Ergebnis sehen wir erst bei der Diskussion. Ob die CHF 450'000 gesprochen werden, das stelle ich in Frage. Man muss die Grössenordnung sehen. Wir sprechen von 300 Wohnungen. Das wären Mehrkosten pro Woh-

nung von CHF 1'500 für die schnelle Verbindung mit dem Steg, an welchem sich die Investoren beteiligen müssen. Müssten die Investoren das Ganze zahlen, also CHF 3 Mio. und 300 Wohnungen, würde das CHF 10'000 pro Wohnung bedeuten. Braucht man bei jeder dritten Wohnung einen Garagenplatz weniger, wären die Kosten bezahlt. Das ist die Grössenordnung für die Investoren, worüber wir hier sprechen. Du hast gesagt, dass der Steg essentiell ist für Obersiggenthal. Ich sage, es könnte wichtig sein, doch essentiell ist es für Oederlin.

Marcel Müller: Ich möchte mich dem Votum von Erich anschliessen. Wir sprechen über ein Bauvolumen von ungefähr CHF 250 Mio. CHF 100 Mio. Zackenbarsch, CHF 150 Mio. Botta-Bad. Der Steg kostet ca. CHF 3.5 Mio. Das sind ungefähr 1.5 % vom gesamten Bauvolumen. Hauptnutzniesser ist der Zackenbarsch, wenn er überhaupt kommt. Das steht ja noch alles im Gespräch. Denn können die Investoren nicht bauen wie gewünscht, dann kann es noch Jahre dauern, bis dort gebaut wird. Wir haben für das Oederlin heute bereits ein Steg, nicht aber für die Zackenbarsch-Version. Für mich handelt es sich hier um einen Erschliessungsteg. Alle anderen Strassen sind vorhanden. Vielleicht müssen weniger Parkgaragen erstellt werden. Das Ziel muss sein, dass die Investoren den Steg finanziell tragen müssen. Sie haben den grössten und direkten Nutzen vom Steg. Der Investor, welcher Oederlin entwickeln will, hat ein Interesse, dass das heute eher bemitleidenswerte Areal entwickelt werden kann. Die grösste Rendite wird schon herausgeholt. Der Investor wird für die besten Möglichkeiten für den Erhalt einer Baubewilligung kämpfen. Ich bin dafür, dass der Investor den Steg ganz finanzieren soll. Ich bin deshalb für eine Ablehnung der Motion.

André Kummer: Vielfach spricht man einfach von der Mehrheit der Leute, welche im Oederlin wohnen werden. Ich denke aber, dass der Steg vor allem der Mehrheit der Bäderquartierbewohner dient. So können diese Leute von Baden und Ennetbaden den Weg als Flaniermeile benutzen und erhalten praktisch einen Rundweg. Ich finde, unsere Gemeinde muss nichts an die Kosten bezahlen. Der Hauptprofiteur ist Baden und Ennetbaden.

Peter Marten: Mit dem Blick auf die Finanzlage unserer Gemeinde und das Potential, welches sich ergibt, wenn die Oederlin-Überbauung kommt mit den potentiellen Mehreinnahmen, da habe ich gewisse Grundsympathien für die Motion, doch die Motion greift zu kurz. Aus meiner Sicht sollte eine Grundsatzdiskussion über den Mättelisteg geführt werden, sobald man weiss, was im Oederlin-Areal wirklich gebaut wird. Es kann sein, dass wir in $\frac{3}{4}$ Jahre eine Vorlage vom Gemeinderat präsentiert bekommen, worin steht, Obersiggenthal beteiligt sich mit so und so viel Franken am Steg. Was passiert, wenn die Überbauung nicht realisiert wird und wir uns an den Kosten für den Steg beteiligt haben? Dieser Fall wird in der Motion nicht explizit aufgegriffen. Sollte die Motion überwiesen werden, dann müsste der Gemeinderat im Minimum auf diese Frage eine Antwort präsentieren. Hat der Gemeinderat keine Antwort, dann ist eine Diskussion in $\frac{3}{4}$ Jahren, ohne Vorliegen von Resultaten, was im Oederlin-Areal geht, obsolet. Dann wissen wir genau gleich viel wie heute. Aus meiner Sicht ist das Timing der Motion falsch. Selbst wenn die Motion abgelehnt würde, könnte der Gemeinderat zu einem späteren Zeitpunkt immer noch eine Kreditvorlage präsentieren. Das braucht Mut, doch der Gemeinderat ist ja mutig.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir sehen einen Nutzen für Obersiggenthal nur in Verbindung mit der Entwicklung des Oederlin-Areals. Da müssen wir einen Weg finden und zeigen, dass Obersiggenthal an diesem Steg Interesse hat, nicht nur Ennetbaden und Baden. Wie bereits gesagt, wir stellen jetzt keinen Antrag. Wir stehen mit den Entwicklungsträgern wieder am Anfang der Verhandlungen. Nächste Woche findet eine weitere Sitzung über das weitere Vorgehen statt. In diesem Zusammenhang wird dieses Thema diskutiert. Wir müssen nun schauen, wie die Entwicklung weitergeht. In Abhängigkeit davon werden wir allenfalls in absehbarer Zeit einen Antrag stellen. Bis jetzt hatte der Einwohnerrat keine Gelegenheit gehabt, den Steg abzulehnen. Ich hoffe auch nicht, dass der Steg abgelehnt werden muss.

Theo Flückiger: Es hat durchaus einen Grund, weshalb die Motion heute vorliegt. Es gibt ja bis 2018 eine Million Bundesgelder. Holen wir diese nicht rechtzeitig ab, dann wird alles noch teurer. Es ist deshalb sinnvoll, dass die Thematik endlich auf den Tisch kommt, weil der Steg bisher

nur im Investitionsplan enthalten war. Man hat viel darüber gesprochen, doch man konnte nichts dazu sagen. Unsere Absicht ist, zum Steg endlich Stellung nehmen zu können. Aus diesem Grund sehen wir den Zeitpunkt als nicht falsch.

Patrick Hehli: Ich weise darauf, dass eine Motion oder ein Postulat innerhalb von 6 Monaten beantwortet werden muss. Peter hat es bereits angedeutet. Ob wir allerdings in 6 Monaten mit dem Projekt weiter sind, vor allem wenn der Kanton in das Projekt miteinbezogen werden muss, dann dauert alles viel länger. Ich zweifle, dass in 6 Monaten etwas hieb- und sichtfestes vorgelegt werden kann.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Die Motion Urs Müller, Theo Flückiger, Volkmar Hauseisen, vom 5. Dezember 2016 betreffend Mättelisteg, sei dem Gemeinderat zu überweisen.

Die Motion wird mit 17 Ja- zu 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung überwiesen.

9 2016.40 Sitzungstermine Einwohnerrat 2017 / Genehmigung

Ursula Haag: Sie haben mit den Unterlagen die Einwohnerratssitzungstermine für das Jahr 2017 erhalten. Auf Wunsch der Finanzkommission soll der Sitzungstermin vom 22. Juni 2017 auf den 1. Juni 2017 vorverschoben werden. So werden folgende Sitzungsdaten beantragt:

Donnerstag	16. März 2017
Donnerstag	1. Juni 2017
Donnerstag	14. September 2017
Donnerstag	28. September 2017
Donnerstag	30. November 2017

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Die Sitzungstermine des Einwohnerrates für das Jahr 2017 seien zu genehmigen.

Die Daten werden einstimmig genehmigt.

10 2016.41 Umfrage

Linus Egger, Gemeinderat: Ich gebe Euch mit meiner Power-Point-Präsentation einen Überblick über die Aufgabenverschiebung zwischen dem Kanton zu den Gemeinden und umgekehrt, sowie über den neuen Finanzausgleich. Am 12. Februar 2017 wird darüber abgestimmt. Die Details und Berechnungen können Sie aus den Abstimmungsunterlagen entnehmen. Die Abstimmung benötigt zwei Mal ein ja. Wird dies nicht erreicht, so bleibt es beim alten System.

Im Budget sind unter der Spitalfinanzierung ca. Fr. 400'000 ausgewiesen. Diese Ausgleichszahlungen werden bei Annahme der Vorlage nicht mehr den Gemeinden belastet. Die Kosten für den öffentlichen Verkehr, Massnahmen gegen häusliche Gewalt sowie baulicher Unterhalt von Kantonsstrassen innerorts gehen vollumfänglich zu Lasten des Kantons. Die Bussenerträge aus Strafbefehl von den Staatsanwaltschaften gehen ebenfalls vollumfänglich zum Kanton. Die Finanzierung der Sozialhilfe wird vollständig von der Gemeinde übernommen. Sozialhilfekosten, die pro Fall CHF 60'000 übersteigen, werden von den Gemeinden gemeinsam übernommen. Die Berechnungsgrundlagen sind die Einwohnerzahlen der Gemeinden. Wo Kosten anfallen, soll auch der Ertrag verbucht werden. Das heisst, wenn Kosten von der Gemeinde zum Kanton verschoben werden, müssen auch die Einnahmen dorthin verschoben werden. Die Gemeinden übernehmen neu Sozialhilfe, Krankenkassen-Ausstände etc. Aus der Übersicht Lastenverschiebung sehen Sie, dass von den Gemeinden zum Kanton CHF 41 Mio. verschoben werden. Die Steuererträge betragen CHF 49 Mio., welche von den Gemeinden an den Kanton durch den Steuerfussabtausch verschoben werden. Wir haben eine Differenz von CHF 8 Mio. Diese CHF 8 Mio. werden als Ausgleichszahlungen vom Kanton an die Gemeinden verwendet. Wird der Vorlage am 12. Februar 2017 zugestimmt, müssen die Gemeinden den Steuerfuss um 3% senken und gleichzeitig hebt der Kanton seinen Steuerfuss um 3 % an. Kann eine Gemeinde den Steuerfuss nicht um 3% senken, muss eine Steuerfusserhöhung ausgewiesen werden. Die Gemeinde Obersiggenthal wird den Steuerfuss nicht um 3 % senken können, das habe ich bereits früher erwähnt. Doch wir sind damit in bester Gesellschaft. Damit die Gemeinden Ausgleichszahlungen vom Kanton erhalten, müssen gewisse Bedingungen erfüllt werden und es muss ein entsprechender Antrag gestellt werden. Wir haben beim Aufgaben- und Finanzplan schon damals kommuniziert, dass wir eine Steuerfussenkung nicht vornehmen können. Im Aufgaben- und Finanzplan haben wir Ihnen aufgezeigt, dass wir für das Jahr 2018 mit einem Steuerfuss von 104 % rechnen. Sobald der Budgetprozess abgeschlossen und das Budget genehmigt ist, können wir eine Aussage zum definitiven Steuerfuss machen. Nun noch etwas zum Finanzausgleich. Die Ergänzungsbeiträge sind mit CHF 4 Mio. berechnet worden. Das Ziel ist, dass die Differenz vom kantonalen Steuerfussmittelwert, zum Höchstwert, 25% nicht übersteigt. Mit den Ergänzungsbeiträgen wird das korrigiert. Gemeinden mit grossen Soziallasten werden unter den Gemeinden ausgeglichen. Das Gleiche gilt auch beim Bildungsausgleich. Was passiert bei einer Ablehnung der Vorlage? Der Finanzausgleich und die Aufgabenverschiebungen zwischen Kanton und Gemeinden bleiben unverändert. Mittelfristig wird es ein schwieriges Umfeld geben und es benötigt neue Berechnungsgrundlagen, damit der Finanzausgleich nochmals dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden kann. Es bestehen heute Ungerechtigkeiten, weil nicht immer die richtigen Komponenten zur Berechnung beigezogen werden konnten. Das möchte man jetzt korrigieren. Wird die Vorlage vom Volk abgelehnt, wird die Differenz vom tiefsten zum höchsten Steuerfuss im Kanton Aargau sicher grösser werden. Es wird Gemeinden geben, welche ihren Steuerfuss massiv erhöhen müssen.

Patrick Hehli: Am 2. Juni 2016 wurde ein Postulat von Anna-Katharina Hess überwiesen betreffend Ausführungsbestimmungen Trossberg. Das halbe Jahr ist nun verstrichen. Was sind nun die Antworten.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Ich habe darüber informiert, dass wir das Postulat noch nicht traktandieren, weil vor dem Verwaltungsgericht noch ein Urteil hängig ist. In diesem Fall geht es um ein Bauvorhaben im Trossberg. Der Augenschein mit dem Kanton hat im August stattgefunden. Wir warten nun auf dieses Urteil. Es sollten nun alle Unterlagen bereit sein, ich denke, Toni Meier hat diese Woche wieder nachgefragt. Wir sind eigentlich davon ausgegangen, das Postulat im März zu traktandieren. Doch wir müssen das Urteil abwarten.

Silvia Dingwall: Ich habe zwei Fragen. Die erste Frage betrifft den Schrägerweg. Gibt es Neuigkeiten, bis wann der Weg wieder geöffnet wird? Und eine Frage an Dich, Uschi, normalerweise bei einem Rücktritt wird das Rücktrittsschreiben vorgelesen. Oder habe ich das falsch im Kopf?

Ursula Haag: Ein Rücktrittsschreiben wird nur auf Wunsch vorgelesen. Möchtest Du, dass ich das Schreiben vorlese?

Silvia Dingwall: Es ist schon gut. Ich erlaube mir aber, meinen letzten Abschnitt selber vorzulesen: «Ich wünsche Euch allen gutes Gelingen mit den Aufgaben, welche auch in Zukunft zusammen mit dem Gemeinderat zu bewältigen sind. Ich wünsche der Gemeinde und der Welt gute Besserung und allen a Merry Christmas and happy New Year».

Franziska Grab, Vizeammann: Ich kenne den Stand der Dinge am Schrägerweg nicht. Doch ich weiss, es hatte ein Problem gegeben wegen dem Geländer. Sobald dieses montiert werden konnte, kann der Weg freigegeben werden. Sobald der Weg begehbar ist, erfolgt sicher eine Publikation. Die Arbeiten sind gut vorangekommen dank dem milden Wetter. Ich weiss nicht, ob der Weg noch in diesem Jahr wieder begehbar sein wird. Die Sicherheit muss gewährleistet sein.

Ursula Spinnler: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, unseren Abfall zu trennen. Glas, PET, Grüngut, Alu, Papier, Batterien usw. Der verbleibende Haushaltkehrriech kann man nochmals trennen. Es gibt Kunststoffsammelsäcke. Darin kann alles, was aus Plastik ist wie zum Beispiel Verpackungsmaterial, Blumentöpfe, Kessel, Gartenmöbel gesammelt werden. 70 bis 80 % der gesammelten Ware kann stofflich wiederverwertet werden. So kann der normale Hauskehrriech nochmals um gut einen Drittel verkleinert werden. Wir haben das in unserer Familie eingeführt. Wir haben pro Woche pro Person noch 4 ½ Liter Kehricht. Die Kunststoffsammelsäcke können an verschiedenen Orten gekauft werden. Für uns in Obersiggenthal ist der nächste Ort zum Kauf dieser Säcke in Station Siggenthal oder Würenlingen. Die gefüllten Säcke können auch in Station Siggenthal oder Würenlingen abgegeben werden. Das macht ökologisch wenig Sinn, unverwertbare Kunststoffe auszusortieren und dann mit dem Auto zu entsorgen. Könnten wir in unserer Gemeinde einerseits eine Verkaufsstelle für solche Kunststoffsammelsäcke schaffen und andererseits eine Abgabestelle einrichten um damit einen wichtigen Beitrag für die Umwelt zu leisten?

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Das ist ein sehr heisses Thema. Private Unternehmen haben gemerkt, dass hier gut verdient werden kann. Für unsere Abfallkasse wird es so enden, wenn die Säcke wie bisher verkauft werden, dass ein grosser Teil vom Volumen in unseren Kehrichtsäcken wegfällt, das Gewicht aber gleich bleibt und somit die gleichen Kosten bestehen bleiben. Im Moment sind die Gemeinde und die KVA am Überlegen, ob sie sich auf die neue Aussage vom BAFU abstützen sollen. Das BAFU hat sich bis jetzt gewehrt gegen separate Kunststoffsammlungen mit der Begründung, das sei ökologisch nicht sinnvoll. Eine Sammeltour wäre, wie ich das verstanden habe, das Dümmste. Im BAFU spricht man von 40 % recyclebarem Material. Es ist auch umstritten, was mit den Kunststoffabfällen, welche ins Ausland geliefert werden, passiert. Es fehlt die Kontrolle. Im Verlaufe des nächsten Jahres werden wir prüfen, ob die Gemeinden zusammen mit der KVA, etwas Neues umsetzen will. Im Moment kann ich aber nicht mehr dazu sagen.

Ursula Spinnler: Ich habe von einer Firma ein Schreiben wo steht: Wiederverwertung in der Schweiz zu betreiben.

Eugen Paul Franz: Ich kann die Aussage von Marie-Louise bestätigen. Ich weiss, die KVA ist auch am Prüfen, wie man das mit den Kunststoffabfällen lösen kann.

Ich habe eine Frage zum Kindergartenprovisorium. Was ist da weitergegangen? Weiss man jetzt, ob die Container gemietet oder gekauft werden? Haben wir Occasionen?

Eine kleine Anekdote bei der Lieferung der Bäume beim Chinderhuus Goldiland. Ein älteres Ehepaar stand vor Ort und während dem Abladen der Bäume sagte die Frau zu ihrem Mann: Es ist schon schade, dass so grosse Bäume verwendet wurden. Kleine Bäume hätten auch gereicht, die hätten ja Zeit gehabt zum Wachsen, unsere Gemeinde muss ja Geld haben. Ich

weiss nicht, was sich das Ehepaar denkt, wenn nun in der Zeitung steht, dass wir uns nicht mal mehr einen Christbaum leisten können.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Zu den Bäumen kann ich nichts sagen. In der damaligen Kreditvorlage waren diese mit einem bestimmten Alter und Preis enthalten. Eine Begründung für die Grösse der Bäume war der Schattenwurf für den Spielplatz.

Beim Kindergartenprovisorium OSOS kann ich Ihnen nicht definitiv sagen, was gemacht wird. Wir sind bis jetzt immer davon ausgegangen, und ich hoffe, das bleibt so, Holzelementbau und kaufen.

André Kummer: Ich möchte etwas zur Protokollierung sagen. Ich finde, es ist wichtig, dass hier eine gute und offene Diskussion geführt und ein Ziel erreicht wird. Wenn die rechte Seite vielfach mehr Votes vorbringt als die linke Seite, und die linke Seite einfach passiv ist, dann ist klar, dass bei Auseinandersetzungen der Protokolle die linke Seite praktisch keine Prozentzahlen bei den Votes ausweist.

Josef Sieber: In letzter Zeit hört man, dass der Flughafen seine Lärmverteilung ändern will. Ich möchte wissen, ob der Gemeinderat darüber informiert ist? Ich möchte gerne wissen, welche die Auswirkungen für Obersiggenthal sind? Hat der Gemeinderat dieses Thema bereits einmal behandelt? Wie sieht seine Haltung zum Ganzen aus und was gedenkt der Gemeinderat zu tun?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Gemeinderat ist über die neuen Pläne informiert. Dazu kann ich sagen, dass Obersiggenthal nicht betroffen ist. Es sind neue Flugrouten geplant, sie betreffen vor allem das Limmattal, Spreitenbach, Neuenhof. Baden Regio hat aber reagiert und ein entsprechendes Schreiben an den Kanton gerichtet und wehrt sich vehement im Hinblick auf die Entwicklung, dies auch im Zusammenhang mit der Limmattalbahn. Es soll viel Neues angesiedelt werden. Dann ist es nicht sehr sinnvoll, dass die Flugrouten über diese Gebiete führen.

Marcel Müller: Dr. Wicky, Allgemeinmediziner, geht Ende Mai in Pension. Er suchte leider ohne Erfolg eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger. Ich finde, es gehört zur Standortqualität einer Gemeinde, dass eine ärztliche Versorgung angeboten wird. Meines Wissens haben wir noch eine Ärztin, sie arbeitet Teilzeit. Ist sich der Gemeinderat dieser Tatsache bewusst? Kann der Gemeinderat Einfluss nehmen, eine Allgemeinärztin oder einen Allgemeinarzt zu begeistern, in Obersiggenthal zu praktizieren? Diese Standortfrage ist für mich von zentraler Bedeutung.

Walter Vega, Gemeinderat: Danke für den Hinweis, Marcel. Es ist in der Tat ein ganz wichtiger Punkt. Wir haben darüber auch schon im Gemeinderat diskutiert. Es hat sich eine ganz neue Entwicklung ergeben. Es stand sogar heute etwas in der Zeitung. Es ist beim Gässliacker ein medizinisches Zentrum geplant, welche Ärzten, Therapeuten, Podologen etc. zur Verfügung stehen soll. Es geht um ein Projekt, also um ein Ärztekollektiv. Wir werden das beobachten, man weiss ja nie, ob es am Schluss auch funktioniert. Sollte das Projekt zu Stande kommen, dann wäre das eine Superoption für unsere Gemeinde.

Christian Keller: In den letzten Wochen sind einige Unfälle in unserer Gemeinde passiert. Es war Alkohol im Spiel. Zum Teil auch fragwürdige Sachen. Es ist leider auch zu einem tragischen Unfall gekommen bei der Argovia-Tankstelle. Meines Wissens war dort kein Alkohol im Spiel, sondern ein Mangel unserer Infrastruktur. Anders als unser Gemeindeammann und der Sprecher der Kantonspolizei verlauten liess, hat man dort ein Fussweg, welcher bis zur Landstrasse reicht und dann einfach aufhört. Der Gehweg geht auf der anderen Strassenseite weiter bis zur Limmat. Aber zwischendrin ist die Landstrasse mit über 20'000 Fahrten pro Tag, eine Querung ist kaum möglich. Was macht ein 86-jähriger Mann, wenn er an der Strasse steht? Er versucht eine Lücke abzapfen und quert die Strasse. Wir als Einwohnerrat stehen auch in der Pflicht dafür zu sorgen, dass für Fussgängerinnen und Fussgänger in der Gemeinde attraktive und sichere Bedingungen bestehen. Jeder, der zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs ist,

verursacht keine Immissionen, braucht kaum Strassenraum und trägt zu einer lebenswerten Gemeinde bei. Geht es wieder einmal darum, etwas für die Fussgänger zu machen, dann bitte ich Euch, das nächste Mal dem entsprechenden Antrag zuzustimmen. Es braucht sichere Bedingungen auf der Strasse. Das ist auch eine Thematik mit dem Schulweg. Die Kinder müssen sicher zur Schule gelangen können.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Es ist unbestritten, es handelte sich um einen tragischen Unfall. Auf einer Kantonsstrasse kann nicht einfach ein Fussgängerstreifen aufgemalt werden. Ein Fussgängerstreifen ist immer abhängig von der Fussgängerfrequenz und dem Bedarf. Beim vorher genannten Weg handelt es sich um keine weiterführende Strasse. Dort ist die Frequenz für Fussgänger zu wenig hoch. Wir kommen mit einem Begehren beim Kanton für einen Fussgängerstreifen nicht durch.

Ursula Haag: Ich schliesse diese Sitzung um 20.45 Uhr. Ich wünsche allen schöne Festtage und alles Gute für das neue Jahr. Wir treffen uns alle noch im Restaurant Hirschen in Kirchdorf.

Die Präsidentin:

Ursula Haag

Die Protokollführerin:

Romana Hächler